



LAND BRANDENBURG

**Landesamt für Umwelt,
Gesundheit und
Verbraucherschutz**

Regionalabteilung West

Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Haßlebener Schweineproduktion und Recycling
GmbH
Straße der DSF 1
17268 Boitzenburger Land
OT Haßleben

Bearb.:
Gesch.-Z.: LUGV_RW1-
3065/49+6#135288/2013
Hausruf: +49 33201 442-578
Fax: +49 33201 442-495
Internet: www.lugv.brandenburg.de

Potsdam, 19.06.2013

Wasserrechtliche Erlaubnis

Reg.-Nr.: RW 1.3-WRE-GWE-02-2013

Entnehmen und Rückführen von Grundwasser zum Zweck der Zuluftklimatisierung in der Schweinemast- und -zuchtanlage (SMZA) Haßleben

I. Entscheidung über die beantragte Gewässerbenutzung

Auf Antrag vom 03.06.2004 wird der

Haßlebener Schweineproduktion und Recycling GmbH

Straße der DSF 1

OT Haßleben

17268 Boitzenburger Land

die wasserrechtliche Erlaubnis

zum Entnehmen und anschließenden Rückleiten von Grundwasser

erteilt.

II. Der Erlaubnis liegen folgende Unterlagen zu Grunde

- Antrag des bevollmächtigten Ingenieurbüros Dr.-Ing. W. Eckhof vom 03.06.2004 mit:
 - Vollmacht des Antragstellers,
 - Auszug aus der Liegenschaftskarte,
 - Übersichtskarte mit Koordinaten der Brunnenfelder,
 - Hydrogeologisches Gutachten zum geplanten saisonalen Wärme- und Kältespeicher der Schweinemast- und –zuchtanlage Haßleben erstellt von Geothermie Neubrandenburg GmbH am 31.03.2004,
 - Beurteilung der umweltrelevanten Auswirkungen des geplanten Saisonalen Wärme- und Kältespeichers der Schweinemast- und –zuchtanlage (SMZA) Haßleben,
 - Betriebsbeschreibung (Zuluftkühlung/-heizung)
- Umweltverträglichkeitsstudie für die Errichtung und den Betrieb der geplanten Schweinezucht- und –mastanlage Haßleben vom März 2005, erstellt vom Ingenieurbüro W. Eckhof
- Änderungsantrag des bevollmächtigten Ingenieurbüros sfi vom 11.02.2013 bzw. 26.02.2013 zur Reduzierung des Umfangs der Gewässerbenutzung

III. Inhaltsbestimmungen

1.1 Art der Gewässerbenutzung

Entnehmen und Rückführen von Grundwasser gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 und 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

1.2 Zweck der Gewässerbenutzung

Zuluftklimatisierung in der Anlage zur Schweineaufzucht und –mast in Haßleben

1.3 Umfang der Gewässerbenutzung

Gesamtförderung und –rückführung bis zu:

		ALT	NEU
$Q_{h \max.}$	=	1.286 m ³ /h	735 m ³ /h
$Q_{d \ 1}$	=	30.865 m ³ /d	17.640 m ³ /d
$Q_{d \ 365}$	=	11.945 m ³ /d	6.850 m ³ /d
$Q_a \ 1.\text{Jahr Kühlung}$	=	1,225 Mio. m ³ /a	0,7 Mio. m ³ /a
$Q_a \ \text{Folgejahre Kühlung}$	=	1,141 Mio.m ³ /a	0,7 Mio. m ³ /a
$Q_a \ 1. \text{Jahr Heizung}$	=	3,135 Mio. m ³ /a	1,8 Mio. m ³ /a
$Q_a \ \text{Folgejahre Heizung}$	=	1,435 Mio.m ³ /a	1,8 Mio. m ³ /a

1.4 Örtliche Lage der Gewässerbenutzung

Gewässer: Grundwasser
 Bundesland: Brandenburg
 Gemeinde: Boitzenburger Land, OT Haßleben
 Lage der Brunnen: Brunnenfeld bestehend aus 2 x 8 Brunnen

		OW ETRS 89	NW ETRS 89
Eckpunkte des Brunnenfeldes	1	34 12 347	58 98 293
	2	34 12 812	58 98 106
	3	34 12 647	58 97 686
	4	34 12 154	58 97 885

IV. Nebenbestimmungen

1. Auflagen

- 1.1 Die neuen Brunnen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere unter Berücksichtigung des DVGW-Arbeitsblattes W115 „Bohrungen zur Erkundung, Gewinnung und Beobachtung von Grundwasser“ und W 118 „Bemessung von Vertikalbrunnen“ zu bohren und auszubauen.
- 1.2 Für die Brunnen sind Leistungspumpversuche durchzuführen. Planung, Durchführung und Auswertung der Pumpversuche haben auf der Grundlage des DVGW- Arbeitsblattes W 111 zu erfolgen.
Das gehobene Wasser ist auf der Grundlage des DVGW Arbeitsblattes W 112 (A) „Grundsätze der Grundwasserprobenahme aus Grundwassermessstellen“ zu Beginn, während und vor Beendigung des Pumpversuches zu beproben.
- 1.3 Bau und Ausbau der Grundwassermessstellen (GWMS) haben nach dem DVGW Arbeitsblatt W 121 „Bau und Ausbau von Grundwassermessstellen zu erfolgen.
- 1.4 Zur Kontrolle des Absenkungs- und Aufhöhungsverhaltens der Grundwasserdruckflächen im genutzten Grundwasserleiter sind ergänzend zu den bereits im Rahmen der Erkundungsarbeiten im nordwestlichen und nordöstlichen Randbereich der Stallgebäude abgeteufte Pegelbohrungen

HaP1/04 und HaP2/04, an der nordwestlichen, südöstlichen und südwestlichen Seite der Stallanlagen jeweils eine, also insgesamt drei neue Grundwassermessstellen im GWL 6 auszubauen. Gleichfalls ist an diesen drei Standorten sowie im Bereich der Erkundungsbohrung HaB1/04, also in nordöstlicher Verlängerung der mittleren K-Brunnen-Trasse, jeweils eine Messstelle im oberen unbedeckten 1. Grundwasserleiter zu verfiltern (s. Übersichtskarte als Anlage zu dieser WRE).

- 1.5 Der Ausbau von OP und UP hat in separaten Bohrungen zu erfolgen. Die Messstellen sind oberirdisch gegen Beschädigungen und unbefugtes Öffnen zu sichern. Die Ausbaupläne für die einzelnen GWMS sind der OWB rechtzeitig vor Beginn der Errichtung zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen.
- 1.6 Zur weiträumigen Beobachtung der Grundwasserverhältnisse im An- und Abstrom der Benutzungsanlage sind, vorbehaltlich ihrer Eignung und des Einverständnisses der Eigentümer, die Erkundungsbohrungen a/27 (ca. 400 m südwestlich der Anlage) und Hy Hß 10/75 (ca. 1 km nordöstlich der Stallanlagen, an der B 109) zu nutzen.
- 1.7 Sofern vorgenannte GWMS nicht mehr funktionsfähig sind sind diese, soweit möglich, instand zu setzen oder aber stattdessen in unmittelbarer Nähe neue GWMS mit gleichem Aufbau zu errichten.
- 1.8 Der Nachweis der Bauausführung durch qualifizierte Fachfirmen (gemäß DVGW Arbeitsblatt W 120) ist rechtzeitig vor Beginn der Bohr- und Ausbauarbeiten gegenüber der OWB zu erbringen.
- 1.9 Beim Ausbau der Förder- und Schluckbrunnen sowie der GWMS und dem damit verbundenen Durchteufen von Grundwasserhemmern ist eine effektive Abdichtung des Ringraumes zu gewährleisten, um den Zutritt von Verunreinigungen in die tieferen, bedeckten Grundwasserleiter sicher zu verhindern.
- 1.10 Die Nachweise der ordnungsgemäßen baulichen Ausführung von Brunnen und GWMS sind der OWB unmittelbar nach Fertigstellung in Form von optischen sowie bohrlochgeophysikalischen Ausbaukontrollen und von Abschlussberichten gemäß DVGW Arbeitsblatt W 121 „Bau und Ausbau von Grundwassermessstellen“ zu übergeben.
- 1.11 Für sämtliche errichteten Brunnen und GWMS sind dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV), obere Wasserbe-

- hörde (OWB), Referat RW 1 und dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) unmittelbar nach Fertigstellung entsprechende Dokumentationen digital und in Papierform zu übergeben. Dabei sind die Ausbaudaten der Brunnen sowie der Messstellen, in Verbindung mit den Schichtenverzeichnissen sowie eingemessen auf ein übertragbares Höhensystem (HN oder NHN), als Ausbauzeichnung vorzulegen. Gleichzeitig ist die genaue Lage der Brunnen und Messstellen gemäß amtlichem Koordinatensystem ETRS 89 zu ermitteln.
- 1.12 Die Errichtung neuer über den Antragsgegenstand hinaus gehender Brunnen und Grundwassermessstellen (GWMS) ist der oberen Wasserbehörde (OWB) und dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) rechtzeitig vorher ordnungsgemäß anzuzeigen. Unmittelbar nach erfolgter Ausführung ist vorgenannten Behörden jeweils eine vollständige Dokumentation zu übergeben.
- 1.13 Nicht mehr funktionsfähige bzw. nicht mehr zur Überwachung benutzte GWMS (evtl. auch Brunnen) sind gemäß DVGW-Regelwerk, Arbeitsblatt 135, zurückzubauen. Die Rückbaukonzeptionen sind der OWB zwei Monate vor Beginn des Rückbaus und die Rückbauprotokolle unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme vorzulegen.
- 1.14 Durch Eigenkontrollen festgestellte Abweichungen der Grundwasserstände oder der Grundwasserbeschaffenheit, die sich deutlich von den Normalzuständen und natürlichen Schwankungen oder zu erwartenden Entwicklungen unterscheiden, sind der OWB unverzüglich mitzuteilen.
- 1.15 Die Grundwasserfördermengen sind kontinuierlich mit geprüften Wassermengenmesseinrichtungen je Brunnen zu messen, täglich zu registrieren und zu archivieren. Im zu übergebenden digitalen Jahresbericht sind die monatlichen Fördermengen je Brunnen aufzuführen. Die Archivierung soll im Bedarfsfall wie Trockenperioden, extremen Förderperioden oder vergleichbaren Fällen die Auswertung der täglichen Förderzahlen ermöglichen.
- 1.16 Die Wasserstandsmessungen haben in den Brunnen (sowohl Förder- als auch Schluckbrunnen) 14-tägig zu erfolgen.
- 1.17 Die Messung der Grundwasserstände hat an den Messstellen NW (OP/UP), SW (OP/UP), SE (OP/UP), NE (OP) sowie HaP1/04 und HaP2/04 einmal monatlich zu erfolgen. Die Messstellen Hy Hßl 10/75 (OP, MP2) und a/27 sind zweimal jährlich, Ende Januar (Heizperiode) und

Ende Juli (Kühlperiode), zu messen. Die Messergebnisse sind digital zu erfassen.

- 1.18 Zur Kontrolle der Auswirkungen der Gewässerbenutzung auf die Beschaffenheit des Grundwassers ist das Grundwasser einmalig vor Inbetriebnahme der Anlage, danach immer Ende Januar und Ende Juli jedes Jahres in den Entnahme- und Injektionsbrunnen, auf nachfolgende Hauptwasserinhaltsstoffe und allgemeinen Parameter zu untersuchen:

Temperatur,	Eisen gelöst,
Leitfähigkeit	Eisen gesamt
pH-Wert,	Ammonium
Wasserstand	Nitrat,
DOC	Phosphat,
Calcium,	Sulfat,
Magnesium,	Chlorid,
Natrium,	Hydrogenkarbonat
Kalium,	Bor

- 1.19 Der Fehler der Ionensummenbilanz hat unter 3% zu liegen.
- 1.20 Die Eigenuntersuchungen des Rohwassers an den Brunnen sind von zugelassenen Untersuchungsstellen durchzuführen (§ 62 BbgWG i.V.m. § 1 Abs. 4 der Verordnung über die Zulassung von Untersuchungsstellen für bestimmte Abwasser- und Gewässeruntersuchungen sowie Probenahmen im Land Brandenburg - Untersuchungsstellenzulassungsverordnung (UstZuIV)).
- 1.21 Drei Jahre nach Inbetriebnahme und ununterbrochener bestimmungsgemäßer Ausübung der Gewässerbenutzung ist der OWB eine zusammenfassende Dokumentation und Auswertung zusammen mit dem Jahresbericht nach Auflage 1.21 vorzulegen.
- 1.22 Die Mess- und Analyseergebnisse gemäß IV. 1.15 bis IV. 1.16 (Fördermengen und Grundwasserstände als Excel-Datei, Beschaffenheitsdaten als Octoware-Datei) sind dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg, Regionalabteilung West, Referat RW1/OWB digital als Jahresbericht bis zum 31. März des Folgejahres zu übermitteln. Die Exceltabellen für die Erfassung der Fördermengen und Grundwasserstände werden nach Erhalt der von Ihnen gemäß Auflage Nr. 1.11 zu übergebenden Stammdaten für sämtliche Brunnen und Grund-

wassermessstellen vom LUGV vorbereitet und Ihnen anschließend zugesandt.

2. Vorbehalte

2.1 Auflagenvorbehalt (§ 13 Abs. 1 WHG i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG)

Diese wasserrechtliche Erlaubnis steht unter dem Vorbehalt, dass nachträgliche Maßnahmen, insbesondere für eine sparsame Verwendung des Wassers, und Maßnahmen für die Beobachtung der Gewässerbenutzung und deren Folgen angeordnet werden können.

2.2 Vorbehalt des Widerrufs (§ 18 Abs. 1 WHG i. V. m. § 29 Abs. 2 BbgWG, § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG)

Die wasserrechtliche Erlaubnis kann teilweise oder ganz widerrufen werden, wenn insbesondere von der weiteren Benutzung eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu erwarten ist oder Nebenbestimmungen nicht erfüllt werden.

V. Hinweise

1. Die genehmigte örtliche Lage, die Art, der Zweck und der Umfang sind einzuhalten. Evtl. erforderliche Änderungen sind unverzüglich zu beantragen.
2. Der erteilte Bescheid bezieht sich auf die dem Antrag zugrunde liegenden Angaben und Unterlagen einschließlich auf Brunnen, die als Ersatz der im Entnahmegebiet zu III, 1.4 liegenden Brunnen dienen.
3. Nach dem Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) vom 04. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1223) in der Fassung des BGBl. III 750-1, zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992) besteht eine Anzeige- und Dokumentationspflicht für geophysikalische Untersuchungen zur Erkundung des Untergrundes und aller mechanisch angetriebenen Bohrungen gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg.
4. Der Gewässerbenutzer ist verpflichtet, seine wasserwirtschaftlichen Anlagen ordnungsgemäß instand zu halten, nach Betriebs- und Bedienungsanleitungen zu betreiben und ihre ständige Funktionsfähigkeit zu gewährleisten.

5. Die ständige Kontrolle der Einhaltung der in dieser wasserrechtlichen Erlaubnis enthaltenen Nebenbestimmungen und Hinweise obliegt dem Gewässerbenutzer.
6. Die Erlaubnis gibt keinen Anspruch auf Zufluss von Wasser bestimmter Menge und Beschaffenheit (§ 10 Abs. 2 WHG).
7. Die Analyseverfahren für die zu untersuchenden Parameter des Grundwassers richten sich nach den von der obersten Wasserbehörde im Rahmen des Zulassungsverfahrens festgelegten Norm- und Gleichwertigkeitsvorschriften sowie entsprechenden DIN-Vorschriften oder deutschen Einheitsverfahren.
8. **Pflicht zur Einhaltung der genehmigten Nutzung**
Eine Ausdehnung der Gewässerbenutzung über den Rahmen dieser wasserrechtlichen Erlaubnis hinaus kann gemäß § 103 WHG als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.
9. *Allgemeine Kontrolle durch die Behörde*
Gemäß § 101 WHG ist der Gewässerbenutzer verpflichtet, der zuständigen Wasserbehörde zu Überwachungsmaßnahmen Zutritt zu gewähren. Außerdem hat er die zur Überwachung angeforderten Unterlagen, Arbeitskräfte und Werkzeuge zur Verfügung zu stellen sowie Auskünfte zu erteilen.
10. *Rechte Dritter*
Gemäß § 28 BbgWG ergeht diese Erlaubnis unbeschadet der Rechte Dritter, die ggf. in einem gesonderten Verfahren geltend gemacht werden müssen.
11. *Keine Konzentrationswirkung der Erlaubnis*
Durch diese Erlaubnis werden die aus anderen Rechtsgründen erforderlichen Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnisse, Zustimmungen oder Anzeigen nicht berührt oder ersetzt. Der zukünftige Gewässerbenutzer ist gehalten, Pflichten, die sich aus anderen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der Gewässerbenutzung ergeben können, zu erfüllen.
12. *Haftung des Gewässerbenutzers*
Die Erteilung dieser Erlaubnis befreit nicht von einer Haftung des Gewässerbenutzers für die Änderung der Beschaffenheit des Wassers gemäß §

89 WHG oder einer Haftung aufgrund anderer gesetzlicher Haftungsvorschriften.

13. *Änderung*
Ergeben sich Änderungen zur erteilten Erlaubnis, muss, sobald diese Absicht erkennbar ist, bei der oberen Wasserbehörde eine Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis beantragt werden.
14. *Rechtsnachfolge*
Jeder Eigentums- und Besitzwechsel im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis ist der zuständigen Wasserbehörde schriftlich mitzuteilen.
15. Diese Erlaubnis beruht auf der Grundlage nachstehender Gesetze, Rechtsverordnungen und Vorschriften:

Bundesgesetze

- **Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)** vom 31. Juli 2009 (BGBl. I [Nr. 51] S 2585), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umweltrechtlicher Vorschriften vom 21. Januar 2013 (BGBl. I [Nr. 3] S. 95, 98)
- **Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I [Nr. 7] S. 95), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umweltrechtlicher Vorschriften vom 21. Januar 2013 (BGBl. I [Nr. 3] S. 95, 96)

Landesgesetze

- **Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 (GVBl. I [Nr. 20])
- **Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg)** vom 07. Juli 2009 (GVBl. I [Nr. 12] S. 262, 264)

Rechtsverordnungen des Landes

- Verordnung über die Zuständigkeiten der oberen Wasserbehörde (Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung - WaZV) vom 27. Oktober 2008 (GVBl. II S. 413, zuletzt geändert am 19. Dezember 2011 (GVBl. I [Nr. 33] S.30)
- Verordnung über die Zulassung von Untersuchungsstellen für bestimmte Abwasser- und Gewässeruntersuchungen sowie Probenahmen im Land Brandenburg (**Untersuchungsstellen - Zulassungsverordnung - UstZul-V**) vom 17.12.1997 (GVBl. II/1998 S. 38)

VI. Kostenentscheidung

Die Entscheidung über die Kosten ergeht durch gesonderten Bescheid.

VII. Begründung

Verfahrensdarstellung:

Die Firma Haßlebener Schweineproduktion und Recycling GmbH, Straße der DSF 1, in 17268 Boitzenburger Land, OT Haßleben beantragte mit Datum vom 03.06.2004 beim damaligen Landesumweltamt Brandenburg (LUA), Obere Wasserbehörde (OWB) eine wasserrechtliche Erlaubnis für das Entnehmen und Rückführen von Grundwasser zum Zweck der Zuluftklimatisierung in der geplanten Schweinemast- und -zuchtanlage (SMZA) Haßleben gemäß §§ 8, 9 Abs. 1 Nr. 5 und 4 sowie §§ 10 -13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Antragsteller war das von der Haßlebener Schweineproduktion und Recycling GmbH bevollmächtigte Ingenieurbüro Dr.-Ing. Eckhof.

Folgende Entnahme- und Einleitungsmengen waren vorgesehen:

$Q_{h \max.}$	=	1.286 m ³ /h
$Q_{d \ 1}$	=	30.865 m ³ /d
$Q_{d \ 365}$	=	11.945 m ³ /d
$Q_{a \ 1. \text{Jahr K\ddot{u}hlung}}$	=	1,225 Mio. m ³ /a
$Q_{a \ \text{Folgejahre K\ddot{u}hlung}}$	=	1,141 Mio.m ³ /a
$Q_{a \ 1. \text{Jahr Heizung}}$	=	3,135 Mio. m ³ /a
$Q_{a \ \text{Folgejahre Heizung}}$	=	1,435 Mio.m ³ /a

Gemäß § 11 Abs. 1 WHG können wasserrechtliche Erlaubnisse für ein Vorhaben (wie im vorliegenden Fall der Wiederinbetriebnahme der SMZA Haßleben), das nach dem UVPG einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, nur in einem Verfahren erteilt werden, das den Anforderungen des genannten Gesetzes entspricht.

Die Unterrichtung über die voraussichtlich beizubringenden Unterlagen gemäß § 2a der 9. BImSchV bzw. § 5 UVPG erfolgte gegenüber dem Antragsteller am 13.01.2004 durch die Genehmigungsverfahrensstelle des damaligen Landesumweltamtes Brandenburg (LUA) und heutigen Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV).

Die beantragte Gewässerbenutzung liegt gemäß § 2 Nr. 7 der Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung des Landes Brandenburg (WaZV) aufgrund der Höhe der GW-Entnahme in der Zuständigkeit der OWB.

Die abschließende Vollständigkeitsprüfung der Antragsunterlagen erfolgte in der zweiten Märzdekade des Jahres 2005.

Die Auslegung der Antragsunterlagen wurde vom damaligen LUA, Regionalabteilung West, Genehmigungsverfahrensstelle und dem Landkreis Uckermark, untere Wasserbehörde im Amtlichen Anzeiger Nr. 12 vom 30. 03. 2005 und außerdem in den örtlichen Tageszeitungen „Märkische Oderzeitung“ und „Uckermark Kurier“ öffentlich bekannt gemacht.

Die Antragsunterlagen lagen einen Monat vom 11.04.2005 bis einschließlich 10.05.2005 im

- LUA,
- in der Gemeinde Boizenburg,
- im Amt Gerswalde,
- im Amt Brüssow,
- im Amt Gramzow,
- in der Gemeinde Nordwestuckermark und
- in der Stadt Prenzlau

aus und konnten dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Einwendungen gegen das Vorhaben konnten während der Einwendungsfrist vom 11.04.2005 bis einschließlich 24.05.2005 schriftlich bei vorgenannten Stellen erhoben werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist waren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Erörterungstermin wurde bereits mit vorgenannter öffentlicher Bekanntmachung bestimmt. Darin wurde festgelegt, dass am 30.08.2005 zunächst die wasserrechtlichen Einwendungen und Stellungnahmen erörtert werden und die Erörterung der Einwendungen zum Immissionsschutzrecht frühestens am 31.08.2005 beginnt.

Aufgrund der zwischenzeitlich vorgenommenen Änderungen des Antragsgegenstandes, insbesondere durch Reduzierung des ursprünglich geplanten Schweinebestands von ca. 85.000 Tieren auf 36.860 Tiere wurde der beantragte Benutzungsumfang für die Grundwasserentnahme und –wiedereinleitung zur Zuluftklimatisierung nicht mehr in voller Höhe benötigt und somit mit Änderungsantrag vom 11.02.2013 bzw. 26.02.2013 entsprechend modifiziert.

Im wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren wurden die Stellungnahme des damaligen Landesumweltamtes Brandenburg (LUA), Regionalabteilung West, Referat RW 5 als Wasserrwirtschaftsamt (WWA) sowie des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) mit folgendem Ergebnis eingeholt. Eine ergänzende Stellungnahme des LUGV als Nachfolger des LUA erging insbesondere in Anbetracht des nunmehr geänderten Antragsgegenstandes im März 2013.

Mit dem Betrieb einer Wärmetauschanlage sind die Gewässerbenutzungen Entnehmen und Wiedereinleiten von Grundwasser verbunden.

Für die ganzjährige Klimatisierung der Schweinezucht- und –mastanlage soll der zweite bedeckte, quartäre Grundwasserleiterkomplex unterhalb der Anlage als saisonaler Wärme- und Kältespeicher dienen, wobei das Grundwasser als Wärmeträgermedium ausbalanciert entnommen und rückgeführt wird.

Über insgesamt 8 Paare (Doubletten) von Förder- und Schluckbrunnen, die in 3 Galerien entlang der Stallanlagen angeordnet werden, soll für die sommerliche Kühlung der Stallanlagen das im Vorfeld durch Umgebungskälte abgekühlte Grundwasser auf der „kalten Seite“ des Speichers entnommen, erwärmt und auf der „warmen“ Seite des Speichers wieder demselben Grundwasserleiter zugeführt werden. Dementsprechend ist geplant, für die winterliche Heizung der Ställe das bei der Kühlung im Sommer eingeleitete, erwärmte Wasser aus der „warmen“ Seite zu fördern und abgekühlt auf der „kalten“ Seite wieder zurückzuführen (Umkehrbetrieb).

Jahresumwälzmenge Kühlung (Mitte Apr. – Mitte Okt.) 1,225 Mio)	Q_a	=	0,7 Mio m ³ /a (vorher
Jahresumwälzmenge Heizung (Mitte Okt. – Mitte Apr.) 3,135 Mio)	Q_a	=	1,8 Mio m ³ /a (vorher

Daraus ergibt sich zeitraum- bzw. brunnenbezogen folgender Grundwasserumsatz (GW-Entnahme und -Wiedereinleitung):

KÜHLUNG (182,5 d)				
Umsatzmenge gesamt			Umsatzmenge je Doublette	
Q_{hmax}	=	731 m ³ /h (24h/d)	91,4	m ³ /h (24h/d)

Q_{dmax}	=	17.544 m ³ /d	2.193	m ³ /d
$Q_{182,5}$	=	3.836 m ³ /d	480	m ³ /d
Q_a	=	700.000 m ³ /a	87.500	m ³ /a

HEIZUNG (182,5 d)				
Umsatzmenge gesamt			Umsatzmenge je Doublette	
Q_{hmax}	=	735 m/h (24h/d)	91,9 m ³ /h (24h/d)	
Q_{dmax}	=	17.640 m ³ /d	2.205	
$Q_{182,5}$	=	9.863 m ³ /d	1.232	
Q_a	=	1.800.000 m ³ /a	225.000 m ³ /a	
$Q_{a\text{ gesamt}}$	=	2.500.000 m ³ /a		
$Q_{365\text{ gesamt}}$	=	6.849 m ³ /a		

Da die Auslastung je Brunnen ca. 90 m³/h (Förder- und Infiltriertrate) betragen soll, werden jedoch, entsprechend des aktuellen Kühlungs- oder Wärmebedarfs, nicht immer alle Brunnen in Betrieb sein.

Laut hydrogeologischem Gutachten zum ursprünglich geplanten saisonalen Wärme- und Kältespeicher (HGG) sind in den Folgejahren auf Grund der vorangegangenen Wärme- und Kälteeinspeicherungen und der damit einhergehenden größeren Temperaturdifferenz zum Abnehmersystem niedrigere Förderraten bzw. Umwälzmengen und gleichzeitig auch geringere Absenkungsbeträge an den Brunnen und im Förderumfeld anzusetzen. Diesbezüglich wurde aber im aktuellen Änderungsantrag kein unterschiedlicher Mengenbedarf angeführt.

Auf Grund gleichbleibender, klimatischer Vorgaben bleiben trotz des verminderten Förder- und Einspeiseumfangs die laut HGG veranschlagten, thermischen Auswirkungen auch weiterhin maßgeblich:

Einspeicherung Temperatur		Minimum	
Maximum			
„Kälte“ im Winter	→	8,0 °C	10,5 °C
„Wärme“ im Sommer	→	13,5 °C	18,0 °C

Die Filterstrecken der Förder- bzw. Schluckbrunnen, die mit einer geplanten Endteufe von bis zu 100 m den Grundwasserleiter bis zur Basis erschließen werden, sollen analog zur angetroffenen Grundwasserleitmächtigkeit (ca. 40-60 m) ausgebaut werden.

Mit Reduzierung der Brunnenanzahl erhöhen sich die jeweiligen Brunnenabstände sowohl innerhalb der insgesamt 4 Brunnenreihen (2 „W-Reihen“, 2 „K-Reihen“) als

auch zwischen den beiden K-Reihen. Die jeweils 4 Brunnen der Südwest-Nordost ausgerichteten, ca. 600 m langen Galerien werden demnach ca. 200 m voneinander entfernt sein.

Wasserhaushaltliche / thermische Bilanz:

Aus wasserhaushaltlicher Sicht bestehen bei Vorhaben dieser Art grundsätzlich keine Einwände, da die Entnahmen wieder dem Grundwasserleiter zugeführt werden.

Gemäß HGG werden die über die beantragten Grundwasserumwälzungen (Ein-/Auspeicherung mittels Umkehrbetrieb) in den Grundwasserleiter eingetragenen Temperaturdifferenzen (Wärme / Kälte) im Jahresmittel eines klimatisch mittleren Jahres ausbalanciert, so dass keine großräumigen, thermischen Beeinflussungen des Untergrundes zu berücksichtigen sind.

Hydrodynamische Betrachtung:

Die im Vergleich zum ursprünglich geplanten Vorhabensumfang um das 1,75 - fache verminderte Grundwasserumwälzmenge wird sowohl geringere Absenkungen an den Brunnen als auch einen kleineren hydraulischen bzw. thermischen Einflussbereich verursachen.

Die im HGG prognostizierten zusätzlichen Absenkungsbeträge von 3,27 m (K4) und 1,32 m (W4) für die zentral liegenden Kälte- und Wärmespeicherbrunnen K4 und W4, auf Grund der bisher ermittelten hydrogeologischen Parameter und bedingt durch den Einfluss benachbarter Brunnen, werden daher wesentlich geringer ausfallen.

Gleichfalls sind die im HGG über numerische Simulation ermittelten Reichweiten der hydraulischen Einflussbereiche wesentlich kleiner anzusetzen. Die für das Maximum der Umwälzmengen während der Heizperiode Ende Januar zu erwartende größte Ausdehnung wird demnach zwar noch über den Bereich der Stallanlagen Richtung Nordwesten bzw. Richtung Südosten hinausgehen, wobei die Reichweite der Absenkung von $> 0,1$ m unterhalb der bisher veranschlagten 400 – 450 m verbleiben wird (Förderbrunnen: W1-14). Bezüglich der von den Schluckbrunnen K1-14 ausgehenden Aufhöhungen des Grundwasserdruckspiegels im genutzten Grundwasserleiter werden deren Reichweiten Richtung Nordosten (bisher ca. 600 m außerhalb der Stallanlagen) und Richtung Südwesten (bisher ca. 750 m außerhalb der Stallanlagen) erheblich geringer anzusetzen sein.

Das Maximum der Umwälzmenge während der Kühlperiode Ende Juli würde sich gemäß HGG auf Basis der fast doppelten Umsatzmenge, nur geringfügig auf das Betriebsumfeld auswirken. Demnach dürften die Reichweiten der Aufhöhungen (Schluckbrunnen: W1-14) von über $0,1$ m wesentlich unterhalb der bisher errechneten 250 m (Abstand von den Stallanlagen) verbleiben. Der Absenkungsbereich um den zentralen Kältespeicher (Förderbrunnen: K1-14) verbleibt bei einer Aus-

dehnung in NO-SW-Richtung von nunmehr < 1.200 m Länge und < 375 m Breite auf jeden Fall innerhalb des Bereiches des Betriebsgeländes.

Die im HGG modellartig, für die größere Umwälzmenge abgeschätzten thermischen Auswirkungen auf den Grundwasserleiter erscheinen tolerierbar. Die geringeren Einspeicherungsmengen, die reduzierte Brunnenanzahl sowie die relativ großen Abstände zwischen Förder- und Wiedereinleitungsbereich (258 – 264 m) und vor allem der Wechselbetrieb von Wärme- bzw. Kälteein- und -ausspeicherungsphasen verhindert weitestgehend eine einseitige kontinuierliche Zunahme oder auch grundwasserabstromige Verlagerung von Bereichen mit Temperaturanomalien im Grundwasserleiter der teufenbedingt, relativ konstante, jahreszeitlich unabhängige Temperaturverhältnisse (10,7 °C) aufweist. Zudem reichen die Stauermächtigkeiten im Liegenden und Hangenden aus, um eine signifikante Erwärmung der daran angrenzenden Grundwasserleiter durch vertikale Wärmeleitung zu verhindern.

Umweltauswirkungen:

Auf Grundlage des bisherigen Erkundungs- bzw. Kenntnisstandes ist infolge der zwischenlagernden, ausreichend verbreiteten, mächtigen, grundwasserhemmenden Schichten sowohl im Hangenden als auch im Liegenden weder eine hydraulische noch thermische Beeinflussung durch den Wärme- und Kältespeicherbetrieb zu erwarten.

Der umfangreiche Ausbau bzw. Einsatz von Grundwasserentnahme- und Wiedereinleitung über Schluckbrunnen birgt jedoch die Gefahr, dass die anstehenden relativ mächtigen und homogen verbreiteten, schützenden Deckschichten durchbrochen werden und eine nachteilige Grundwasserbeeinflussung über die Schluckbrunnen nicht restlos ausgeschlossen werden kann. Gleichzeitig können sich in Folge des Verlustes der natürlichen hydraulischen Sperrfunktion die durch Entnahme und Wiedereinleitung bedingten Veränderungen der Druckverhältnisse im genutzten Grundwasserleiter auf den oberen Grundwasserleiterkomplex übertragen. Die daraus resultierenden unverhältnismäßigen Schwankungen der Grundwasserflurabstände könnten im Auswirkungsbereich zu erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt führen.

Über hydraulische Durchlässigkeiten können sich auch die thermischen Einflüsse vertikal auf den oberen GWLK verlagern. Eine Vielzahl chemischer Parameter und Reaktionen zeigt ebenso wie die Aktivität der im Grundwasser lebenden Mikroorganismen, eine direkte oder indirekte Temperaturabhängigkeit.

So kann die mit einer Einleitung von Kühlwasser verbundene Grundwassererwärmung zu chemischen und bakteriologischen Änderungen der Grundwasserzusammensetzung führen:

- | | | |
|---------|---|--|
| Abnahme | → | - des Gehaltes an gelöstem Sauerstoff, |
| | | - der CO ₂ -Löslichkeit, |

- des pH- und Eh-Wertes,
- der Ionenaustauschkapazität also des natürlichen Reinigungsvermögen des Grundwassers
- Zunahme → - der Gesamtmineralisation

Das Erkennen temperaturbedingter Veränderungen der Grundwasserzusammensetzung erfordert ausreichende Kenntnisse des natürlichen, unbeeinflussten Grundzustandes. Eventuell vorhandene Unterschiede im Grundwasserchemismus zwischen Entnahme- und Rückgabebereich müssen ebenso bekannt sein wie natürliche Änderungen der Grundwasserzusammensetzung im Abstrombereich.

Die 2004 durchgeführten Analysen am Probebrunnen Ha B1/04 weisen ein unter mikrobiologischen Aspekten relativ nährstoff- und damit keimarmes Wasser aus. Geogen-salinare Tendenzen sind nicht erkennbar. Aus hydrogenetischer Sicht handelt es sich um ein deutlich anthropogen beeinflusstes Grundwasser. D.h. trotz des lokal sehr guten Bedeckungs- und damit auch Geschütztheitsgrades wird der Grundwasserleiter im weiteren Umfeld / Anstrom durch den Zutritt neubildungsgeprägten Wassers gespeist.

Monitoring:

Vor diesem Hintergrund ist zur Beweissicherung eine allseitige Überwachung der Grundwasserstands- und Beschaffenheitsentwicklung im genutzten, bedeckten (GWL 6) sowie im oberen, unbedeckten Grundwasserleiter unabdingbar.

Hydrodynamische Überwachung:

Zur Kontrolle des Absenkungs- und Aufhöhungsverhaltens der Grundwasserdruckflächen im genutzten Grundwasserleiter sind ergänzend zu den bereits im Rahmen der Erkundungsarbeiten im nordwestlichen und nordöstlichen Randbereich der Stallgebäude abgeteufte Pegelbohrungen HaP1/04 und HaP2/04 an der nordwestlichen, südöstlichen und südwestlichen Seite der Stallanlagen jeweils eine, also insgesamt drei neue Grundwassermessstellen im GWL 6 auszubauen. Gleichfalls ist an diesen drei Standorten sowie im Bereich der Erkundungsbohrung HaB1/04, also in nordöstlicher Verlängerung der mittleren K-Brunnen-Trasse, jeweils eine Messstelle im oberen Grundwasserleiter zu verfiltern (s. Anlage zu diesem Bescheid). Ca. 200 m südwestlich der Stallanlagen befindet sich ein Feuerlöschbrunnen. Vorbehaltlich dessen Funktionstüchtigkeit und Filterlage könnte der Brunnen, zusätzlich bzw. statt einer der beiden, neu zu errichtenden Messstellen für die Überwachung des südwestlichen Anstrombereiches der Anlage verwendet werden.

Zur erforderlichen weiträumigen Beobachtung der Grundwasserverhältnisse im An- und Abstrom könnten, vorbehaltlich ihrer Eignung und Benutzungsbefugnis, die Erkundungsbohrungen a/27 (ca. 400 m südwestlich der Anlage) und Hy Hß

10/75 (ca. 1 km nordöstlich der Stallanlagen, an der B 109) dienen. Während die EB a/27 ausschließlich den GWL 6 erschließt, ist die EB Hy Hßl 10/75 mehrfach in beiden GWLK verfiltert. Eine im Jahr 2006 erfolgte Überprüfung ergab, dass sowohl der OP (GWL 3, erster bedeckter GWL), und MP2 (GWL 6, genutzter GWL) funktionstüchtig sind.

Hydrochemische Überwachung:

Das Maß der thermischen Beeinflussung des Grundwasserleiters sowie die daraus resultierenden möglichen Veränderungen der chemischen Eigenschaften des Grundwassers sollten auch im betriebseigenen Interesse einer ständigen Kontrolle unterzogen werden. Obwohl der geologische Schichtenaufbau im Liegenden des genutzten Grundwasserleiters einen vertikalen Aufstieg geogen-salinaren Tiefenwassers ausschließt, ist angesichts des relativ hohen Grundwasserumsatzes und der geplanten Entnahmetiefe auch eine hydrogenetische Kontrolle im Rahmen der Beschaffenheitsüberwachung angezeigt.

Um eine, unter Betriebsbedingungen, aussagekräftige Datengrundlage zu erhalten, sollten einmalig vor Inbetriebnahme der Anlage, danach immer Ende Januar und Ende Juli die Doubletten (Entnahme- und Injektionsbrunnen) beprobt und auf folgende Parameter analysiert werden [Arbeitsblatt DVGW W112 A (DWA-Regelwerk, DWA-A 909)]:

Vorort: Temperatur Wasser, Leitfähigkeit, pH, Wasserstand

Hauptparameter: Nitrat, Sulfat, Hydrogenkarbonat, Chlorid, Bor, Phosphat, Calcium, Magnesium, Natrium, Kalium, Ammonium, Eisen gelöst, Eisen gesamt

Summenparameter: DOC

Mit dem o. g. Untersuchungsumfang ist es möglich, das GW hinsichtlich seiner Herkunft und Beeinflussung (salinare, anthropogene Beeinflussungen, Speisungsbedingungen wie Uferfiltrat ect.) zu bewerten und damit mögliche Auswirkungen durch den Umkehrbetrieb zu erkennen.

Sofern die Anlage in einem repräsentativen Umfang betrieben worden ist, sollte nach den ersten drei Betriebsjahren eine zusammenfassende Dokumentation und Auswertung erfolgen und vorgelegt werden.

Von Seiten des LBGR bestehen aus hydrogeologischer Sicht keine Einwände gegen die Errichtung der geothermischen Anlage. Das durch die Anlage beeinflusste thermische Feld des Grundwasserleiters wird durch die Schluck- und Förderbrunnen hydraulisch beherrscht, so dass großflächige Beeinflussungen des Umfeldes der Anlage nach dem derzeitigen Kenntnisstand wenig wahrscheinlich sind.

Einwendungen Dritter aus dem Anhörungsverfahren konnten während des durchgeführten Erörterungstermins einvernehmlich geklärt werden.

Rechtliche Würdigung:

Die beantragte wasserrechtliche Erlaubnis konnte gemäß §§ 8, 9 Abs. 1 Nr. 4 und 5, §§ 10 - 13 WHG nach Prüfung der Voraussetzungen erteilt werden.

Die erteilten Nebenbestimmungen sind erforderlich, um Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit und Einzelner zu verhindern oder auszugleichen und um sicherzustellen, dass die der Gewässerbenutzung dienenden Anlagen ordnungsgemäß errichtet, betrieben und unterhalten werden. Die unter Nr. IV. festgesetzten Überwachungsmaßnahmen und Informationen dienen zum einen der Behörde zur Kontrolle der Vermeidung von Beeinträchtigungen maßgeblicher Schutzgüter und zum anderen dem Gewässerbenutzer zur Beweissicherung und zur Gewährleistung der Rechtssicherheit.

Die Nebenbestimmung Nr. 1.15 ermöglicht die Kontrolle der tatsächlich entnommenen Grundwassermenge. Sie bietet damit die Grundlage für die Verhinderung einer Grundwasserentnahme über die erlaubte Menge hinaus und dient somit der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Wasserhaushaltes. Mit der Verpflichtung zur Vorlage der Aufzeichnungen gemäß Nebenbestimmung Nr. 1.22 wird für die OWB die Möglichkeit geschaffen, zu kontrollieren, ob sich die Grundwasserentnahmemenge im erlaubten Umfang bewegt.

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2.c) WHG kann die zuständige Wasserbehörde dem Gewässerbenutzer Maßnahmen zur Beobachtung oder zur Feststellung des Zustands des Grundwassers vor der Benutzung und von Beeinträchtigungen und nachteiligen Wirkungen durch die Benutzung anordnen.

Die Erforderlichkeit und der Umfang der anzuordnenden Maßnahmen richten sich insbesondere nach

- dem Umfang der Gewässerbenutzung,
- der von der Gewässerbenutzung ausgehenden Besorgnis der Beeinträchtigung des mengenmäßigen und chemischen Zustands der Grundwassers
- der möglichen Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung.

Insofern ist das angeordnete Grundwassermonitoring zur Selbstüberwachung der Gewässerbenutzung durch den Betreiber geeignet, erforderlich und angemessen.

Mit den Nebenbestimmungen Nr. 1.18 und 1.19 wird sichergestellt, dass das entnommene Grundwasser hinreichend überwacht wird und nach erfolgter Rückführung in denselben Grundwasserleiter es dort zu keiner Beeinträchtigung des chemischen Zustands des Grundwassers führt.

Die Überwachung der geförderten und wieder eingeleiteten Grundwassermengen, des Wasserstandes und der Beschaffenheit des Grundwassers sowie die Bereitstellung der Ergebnisse sind für die OWB unter Hinweis auf die zu beachtenden Randbedingungen Grundlage zur Kontrolle der bestimmungsgemäßen Ausübung der Gewässerbenutzung sowie des Ausschlusses nachteiliger Wirkungen auf die Beschaffenheit des Grundwassers und darüber hinaus auf die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts. Die Festsetzung des Überwachungsumfanges und die Übergabe der Überwachungsergebnisse an die Behörde stellen aus derzeitiger Sicht die geeignete und erforderliche Form der behördlichen Kontrolle zum Zweck der umfassenden fachlichen Beurteilung dar.

Daneben sind auch die in § 36 Abs. 2 VwVfGBbg benannten Nebenbestimmungen (Auflagenvorbehalt, Widerrufsvorbehalt) grundsätzlich nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens zulässig, sofern dadurch Erlaubnisvoraussetzungen sichergestellt werden sollen.

Die Gewässerbenutzung kann im beantragten Umfang zugelassen werden, weil sie sich in Verbindung mit den erlassenen Nebenbestimmungen mit den allgemeinen wasserrechtlichen Anforderungen an die Bewirtschaftung und den Schutz der Gewässer im Sinne von §§ 5, 6, 47, 48 WHG; § 54 BbgWG in Übereinstimmung bringen lässt. Erhebliche Beeinträchtigungen bzw. Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und sonstige Schutzgüter sind nicht zu erwarten.

VIII. Verfahren zur Prüfung der Umweltverträglichkeit

Verfahrensdarstellung

Beantragt ist die Errichtung einer Schweinemast- und -zuchtanlage (SMZA) gemäß den § 4 BImSchG i. V. m. § 3 UVPG am Standort 17268 Boitzenburger Land OT Haßleben im Landkreis Uckermark. Vorhandene Stallanlagen sollen für die Wiedereinrichtung von 36.861 Tierplätzen modernisiert und umgebaut werden. Zum Antragsgegenstand gehören weiter ein Trockenfuttermischwerk, Anlageneinrichtungen zum Sammeln, Behandeln und Versickern von Niederschlagswasser, eine Biogasanlage und die in diesem wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren zuzulassende Gewässerbenutzung (Entnehmen und Wiedereinleiten von Grundwasser) zur Zuluftklimatisierung der Stallanlagen der SMZA.

Über insgesamt 8 Paare (Doubletten) von Förder- und Schluckbrunnen, die in 3 Galerien entlang der Stallanlagen innerhalb des Betriebsgeländes angeordnet werden, soll für die sommerliche Kühlung der Stallanlagen das im Vorfeld durch Umgebungskälte abgekühlte Grundwasser auf der „kalten Seite“ des Speichers entnommen, erwärmt und auf der „warmen“ Seite des Speichers wieder demselben Grundwasserleiter zugeführt werden. Dementsprechend ist geplant, für die winterliche Heizung der Ställe das bei der Kühlung im Sommer eingeleitete, erwärmte Wasser aus der „warmen“ Seite zu fördern und abgekühlt auf der „kalten“

Seite wieder zurückzuführen (Umkehrbetrieb). Die Förder- und Schluckbrunnen sind im bedeckten und gespannten Grundwasserleiter (GWL) 6 verfiltert. Die Brunnentiefe beträgt etwa 100 m, die Länge der Filterstrecke etwa 60 m. Das zur Zuluftklimatisierung genutzte Grundwasser wird im geschlossenen System über die Wärmetauschanlage geführt. Der Betrieb der Wärmetauscher erfolgt ohne Verwendung wassergefährdender Stoffe.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Wiederinbetriebnahme der Schweinezucht- und -mastanlage Haßleben folgt aus § 3a Satz 1 und Anlage 1 Nr. 7.11.1 Spalte 1 UVPG.

Gemäß § 11 Abs. 1 WHG kann die Erlaubnis ein Gewässer zu benutzen für ein Vorhaben, das nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, nur in einem Verfahren erteilt werden, das den Anforderungen dieses Gesetzes entspricht.

Die UVP ist nach § 2 Abs. 1 Satz 1 UVPG ein unselbständiger Teil sowohl des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens als auch des wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens.

Für das immissionsschutzrechtlich zu genehmigende Vorhaben einschließlich der damit verbundenen Gewässerbenutzungen wurde eine gemeinsame UVP durchgeführt. Dazu fand am 16.12.2003 und 07.01.2004 der Scoping-Termin statt. Mit Schreiben vom 13.01.2004 erfolgte gemäß § 5 UVPG i. V. m. § 2a der 9. BImSchV die Unterrichtung des Vorhabensträgers über die in diesem Zusammenhang voraussichtlich beizubringenden Unterlagen.

Grundlagen der UVP für die Gewässerbenutzung zur Zuluftklimatisierung sind im Wesentlichen

- die Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) des Ingenieurbüros Eckhof vom März 2005,

- die Beurteilung der umweltrelevanten Auswirkungen des geplanten Saisonalen Wärme- und Kältespeichers der Schweinemast- und -zuchtanlage (SMZA) Haßleben (Anlage 5 zum Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für das Entnehmen und Rückführen von Grundwasser),

- die Stellungnahmen der beteiligten Behörden,

- die Erkenntnisse des Erörterungstermins vom August 2005 sowie Ihre Erwidierungen im Zulassungsverfahren.

Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und der einzelnen wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren sind auch die infolge der eingetretenen Änderungen der Vorhaben (Gewässerbenutzungen getrennt von der eigentlichen Schweineanlage) zusätzlichen oder anderen erheblichen Umweltauswirkungen zu erfassen, darzustellen und zu bewerten.

Vollständig sind nachfolgend die Umweltauswirkungen durch das Entnehmen und Wiedereinleiten von Grundwasser darzustellen und zu bewerten.

Durch die Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) sind alle durch das Vorhaben betroffenen Schutzgüter im Sinne des § 2 Abs.1 Satz 2 UVPG erfasst und die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter angemessen bewertet worden.

Die angewandte Methodik der Wirkungsanalyse ist sachgerecht und entspricht der derzeit üblichen Verfahrensweise. Die Erhebungstiefe der UVS ist ausreichend.

Der verfahrensrechtlichen Verpflichtung zur Einbeziehung der Öffentlichkeit nach § 9 Abs. 1 Satz 1 UVPG, sowie die der Beteiligung anderer Behörden nach § 7 UVPG ist durch das Anhörungsverfahren im Sinne des § 73 VwVfGBbg Rechnung getragen worden. Allen beteiligten Behörden wurden im Rahmen der Behördenanhörung die in den Antragsunterlagen enthaltenen Angaben zur UVP beigelegt bzw. im Rahmen der Betroffenenanhörung öffentlich ausgelegt.

Auf der Grundlage des § 11 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und § 20 Abs. 1a der 9. BImSchV erarbeitet die Genehmigungsbehörde auf der Grundlage der Unterlagen des Vorhabensträgers, der behördlichen Stellungnahmen sowie der Äußerungen der Öffentlichkeit eine zusammenfassende Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf die in § 2 Abs. 1 Satz 2 UVPG und § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter

- Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft
- Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Eine Bewertung der zusammenfassenden Darstellung erfolgt gemäß § 12 UVPG und § 20 Abs. 1b der 9. BImSchV.

Für die zusammenfassende Darstellung gemäß § 11 UVPG war die Genehmigungsverfahrensstelle im Regionalbereich Ost des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) als federführende Behörde im Sinne des § 4 Absatz 1 des Brandenburgischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (BbgUVPG) verantwortlich.

Die Bewertung nach § 12 UVPG wurde von der Genehmigungsverfahrensstelle im Regionalbereich Ost des LUGV, der Genehmigungsverfahrensstelle im Regionalbereich West als oberer Wasserbehörde (OWB) und der unteren Wasserbehörde des Landkreises Uckermark vorgenommen.

In der UVP für die Schweineanlage Haßleben wurde bereits eine zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen gemäß §§ 11 und 12 UVPG vorgenommen und bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorha-

bens berücksichtigt. Die Umweltauswirkungen durch die Gewässerbenutzungen sind zwar offiziell nicht berücksichtigt worden, aber qualitativ und quantitativ in die Bewertung eingegangen. Die Ergebnisse können somit teilweise in dieses Verfahren übernommen werden.

Im Folgenden werden die zu erwartenden Auswirkungen der mit dem Vorhaben beantragten Gewässerbenutzung

Entnehmen und Wiedereinleiten von Grundwasser zur Stallluftklimatisierung

auf die Umweltschutzgüter zusammengefasst dargestellt und bewertet.

Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen gemäß § 11 UVPG und deren Bewertung gemäß § 12 UVPG

Die zusammenfassende Darstellung enthält die für die Bewertung nach § 12 UVPG erforderlichen Aussagen über die voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens.

Im Rahmen des Verfahrens nach BImSchG zur Genehmigung der Schweineanlage Haßleben wurden bereits folgende Wirkungspfade beschrieben und bewertet:

- luftpfadgebundene Lärm - und Geruchsimmissionen auf das Schutzgut Mensch
- bau und anlagenbedingte Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Wasser, Landschaftsbild, Tiere und Pflanzen.

Standort und Untersuchungsgebiet

Der Standort der SMZA befindet sich im Ortsteil Haßleben der Gemeinde Boitzenburger Land im Landkreis Uckermark an der B 109, ca. 15 km südlich von Prenzlau entfernt. Die Gemarkung Haßleben liegt im Übergangsbereich von der naturräumlichen Landschaftseinheit „Templiner Platte“ und der „Schorfheide“ zur „Uckermärker Lehmplatte“ innerhalb der Großlandschaft des „Rücklandes der Mecklenburger Seenplatte“.

Für die Errichtung der Schweinezucht- und -mastanlage sollen große Teile der vorhandenen Gebäude des ehemaligen „VEB Schweinezucht- und Mastanstalt Haßleben“ genutzt werden. Die Errichtung von neuen baulichen Anlagen ist ebenso vorgesehen. Die Anlage befindet sich am Ortsrand im nördlichen Teil des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles Haßleben, d. h. im Innenbereich. Das Anlagengrundstück ist im Westen und Osten von Ackerflächen umgeben. Im Nordwesten befindet sich zwischen den Ackerflächen und dem Anlagengrundstück im Abstand von ca. 200 bis 300 m in einer Geländevertiefung das Moor „Kuhzer Grenzbruch“. Nordöstlich schließen sich entfernte Teile des Prenzlauer Stadtförstes und weiter in östlicher Richtung die Haßlebener Heide an. Die nächsten Wohnbebauungen

befinden sich südlich und südöstlich der Anlage entlang der Kuhzer Straße bzw. der Straße der DSF in einem Abstand von ca. 300 m.

Auswirkungen auf die Schutzgüter während der Bauphase

Die Auswirkungen der Baumaßnahmen auf die Schutzgüter treten infolge der zeitlich begrenzten Bauphase nur temporär auf und sind auf den direkten Standort und den angrenzenden Nahbereich begrenzt. Insbesondere Beeinträchtigungen der Bodenfunktion durch das Lagern von Baustoffen und den Einsatz von Baumaschinen können auf dem bereits früher gewerblich genutzten Flächen hingenommen werden. Die Arbeiten werden dabei werktags auf die Tageszeit beschränkt. Für die Bauphase gelten die Vorgaben der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVwV Baulärm), so dass es zu keiner unzumutbaren zusätzlichen Geräuschbelastung für die Bevölkerung kommen sollte.

Schutzgut Mensch

Aufgrund des technischen Aufbaus und der Betriebsweise der Anlagen zur Gewässerbenutzung sind Lärm-, Geruchs- und Staubproblematik nicht relevant. Es befinden sich keine öffentlichen und privaten Wasserversorgungsanlagen im Einflussbereich der Gewässerbenutzung. Die nächsten Wasserschutzgebiete liegen in einer Entfernung von mehr als 4 km nordöstlich (Standort Beenz), südöstlich (Standort Buchholz) und südlich (Standort Mittenwalde) der SMZA.

Bewertung

Die Errichtung und der Betrieb der Anlagen zur Gewässerbenutzung führen zu keiner erheblichen Lärm-, Geruchs- oder Staubbelastung in den angrenzenden Wohngebieten und zu keiner Beeinträchtigung der öffentlichen oder privaten Wasserversorgung.

Schutzgut Pflanzen und Tiere

Das Grundstück selbst, auf dem die Anlagen zur Gewässerbenutzung eingebaut werden, besitzt eine nur geringe Naturausstattung.

Durch die örtliche Lage des Zielaquifers ist keine erhebliche Beeinträchtigung der im Gesamtuntersuchungsgebiet liegenden Schutzgebiete und von deren Schutzzielen zu erwarten. So existieren weiträumig im und um das Untersuchungsgebiet keine hydraulischen Verbindungen der Oberflächengewässer und des GWLK 2. Der Ausbau der Bohrungen wird so vorgenommen, dass eine solche Verbindung auch nicht möglich ist.

Bewertung:

Aus naturschutzfachlicher Sicht wird eingeschätzt, dass von der Gewässerbenutzung keine erheblichen Beeinträchtigungen geschützter Teile von Natur und Landschaft zu erwarten sind. Vorrangiger Grund dafür ist die Tatsache, dass Einflüsse der Gewässerbenutzung auf grundwasserbestimmte Lebensräume und deren Artengemeinschaften bedingt durch die unter Nr. VII dieses Bescheides und nachfolgend unter Schutzgut Wasser dargestellten hydrogeologischen Standortbedingungen und den geplanten Aufbau der Benutzungsanlagen auszuschließen sind.

Schutzgut Boden

Mit der Errichtung der Anlagen zur Gewässerbenutzung wird die vormalige Nutzung als landwirtschaftlicher Produktionsstandort fortgesetzt. Auf dem Anlagengelände sind bereits wesentliche Flächenanteile versiegelt. Die Förder- und Schluckbrunnen werden in 3 Galerien entlang der Stallanlagen innerhalb des Betriebsgeländes angeordnet und nehmen kaum Bodenfläche in Anspruch.

Bodenversiegelungen finden hierbei nicht statt.

Bewertung:

Da praktisch keine Nutzungsänderung sowie keine Bodenversiegelung vorgenommen wird und die natürlichen Bodenfunktionen bereits wesentlich gestört sind, wird die Auswirkung auf den Boden als unerheblich bewertet. Darüber hinaus werden die Brunnen und Grundwassermessstellen durch Tonsperren so ausgeführt, dass keine hydraulischen Verbindungen zwischen den einzelnen Grundwasserleitern hergestellt werden. Ein Anstieg oder Abfall des Grundwasserspiegels in den hangenden Grundwasserleitern, verursacht durch den Speicherbetrieb, ist nicht möglich und relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind nicht zu erwarten.

Schutzgut Landschaft

Die Errichtung der Anlagen zur Gewässerbenutzung erfolgt innerhalb des Standortes der bestehenden Schweineanlage Haßleben. Die Anlagen sind hauptsächlich unterirdisch eingebaut.

Bewertung:

Durch die Errichtung der Anlagen zur Gewässerbenutzung sind keine Beeinträchtigungen der Landschaft zu erwarten.

Schutzgut Wasser / Grundwasser

Der Zielaquifer GWLK 2 ist ein tiefer, bedeckter Grundwasserleiterkomplex mit ausreichendem Flurabstand, so dass die thermischen Einflüsse auf diesen Grundwasserleiter und die Stauer in seiner unmittelbaren vertikalen Umgebung (max. 15-20 m) begrenzt bleiben. Benachbarte Grundwasserleiter werden nicht betroffen.

Durch die ausreichend mächtigen Stauerschichten im Liegenden und Hangenden sind vertikal benachbarte GWL hydraulisch nicht vom Wärme- und Kältespeicherbetrieb beeinflusst. Die Brunnen und Beobachtungspiegel werden durch Tonsperren so ausgeführt, dass kein hydraulischer Kontakt besteht.

Deshalb ist ein Anstieg oder Abfall des Grundwasserspiegels in den hangenden Grundwasserleitern, verursacht durch den Speicherbetrieb nicht möglich und es sind nachteilige Auswirkungen auf Gebäude, die Vegetation oder den Boden nicht zu erwarten.

Die Auskühlung des Grundwassers im Kältespeicher beträgt selbst im unmittelbaren Umfeld der Kältespeicherbrunnen bedingt durch die Auslegung der Stallklimatisierung stets weniger als 1 Kelvin.

Die erwartete Verlagerung des Zentrums der sogenannten Wärmeblase um die Wärmespeicherbohrungen und der Kälteblase um die Kältespeicherbohrungen durch die natürliche Grundwasserströmung bleibt auf unter 25 m in 20 Jahren begrenzt.

Durch die Wahl eines tiefliegenden GWL mit ausreichender Bedeckung und durch die im Jahresmittel ausgeglichene Energiebilanz von Aus- und Einspeicherung ist im Bereich des Speichers eine hydraulische oder thermische Beeinflussung höherliegender Grundwasserleiter und damit aller in Frage kommender Schutzgüter durch den Betrieb der Wärme- und Kältespeicher nicht gegeben.

Durch die optimierte Anordnung der Speicherbrunnenfelder ist die hydraulische Außenwirkung in Form einer Grundwasserabsenkung eng begrenzt. Auch dieser Außenbereich ist durch die Saalezeitliche Grundmoräne abgedichtet.

Bewertung:

Veränderungen von Grundwassereigenschaften, die das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere die öffentliche Wasserversorgung, beeinträchtigen oder die nicht den Anforderungen entsprechen, die sich aus anderen wasserrechtlichen Vorschriften ergeben sind nicht erkennbar.

Die Beeinflussung des Grundwassers durch die Gewässerbenutzung wird insgesamt als gering eingeschätzt.

Schutzgut Wasser / Oberflächenwasser

Im Einzugsgebiet der Wasserfassungen liegen keine Oberflächengewässer, die durch die Gewässerbenutzung mengen- oder beschaffenheitsmäßig nachteilig beeinflusst werden können.

Im und um das Untersuchungsgebiet bestehen keine hydraulischen Verbindungen der Oberflächengewässer zu dem hier zur Gewässerbenutzung vorgesehenen GWLK 2. Der Ausbau der Bohrungen wird so vorgenommen, dass eine solche Verbindung auch nicht möglich ist.

Bewertung

Insgesamt kommt es durch die Grundwasserentnahme und -wiedereinleitung beim Betrieb der Benutzungsanlagen zu keinen Auswirkungen auf Oberflächengewässer.

Schutzgut Klima sowie

Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Für die Schutzgüter Klima sowie Kultur- und Sachgüter sind keine entscheidungserheblichen Auswirkungen durch die Errichtung und den Betrieb der Anlagen zur Gewässerbenutzung zu erwarten. Eine zusammenfassende Darstellung/Bewertung ist dafür somit nicht erforderlich.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Durch die Lage des Standortes innerhalb eines vormals genutzten landwirtschaftlichen Betriebes und die umliegenden Nutzungen ergeben sich durch die Gewässerbenutzung keine Beeinträchtigungen der Schutzgüter. Der Bau und Betrieb der Benutzungsanlagen stellt keinen Eingriff in Natur und Landschaft dar.

Es konnten keine Auswirkungen ermittelt werden, die zusätzliche Vermeidungs- oder Verminderungsmaßnahmen bzw. Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen erfordern.

Bewertung:

Auf Grund der Lage des Standortes innerhalb einer ehemaligen Tierproduktionsanlage, der bestehenden hydrogeologischen Standortverhältnisse und der Tiefe der geplanten Grundwasserentnahme und -wiedereinleitung ergeben sich keine zusätzlich zu bewertenden Wechselwirkungen.

Zusammenfassung

Der Umweltvorsorge wurde insoweit durch die Antragstellerin nachgekommen, dass

- durch bauliche Maßnahmen, Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollmaßnahmen verhindert wird, dass es zu einer nachteiligen Veränderung der Gewässereigenschaften oder zu erheblich nachteiligen Auswirkungen auf sonstige Umweltschutzgüter kommen kann,
- durch organisatorische und administrative Maßnahmen der Überwachung der Benutzungsanlagen Störungen vermieden werden können.

Von erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen durch die beantragte Gewässerbenutzung zur Zuluftklimatisierung ist nicht auszugehen.

Anhörung:

Im Rahmen der Anhörung nach § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) wurde der Haßlebener Schweineproduktion und Recycling GmbH Gelegenheit gegeben, sich zum Entwurf des Bescheides zu äußern.

Zum Inhalt des Entwurfs der wasserrechtlichen Erlaubnis bestanden von Antragstellerseite keine Einwände.

IX. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden.

Der Widerspruch ist beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Regionalabteilung West, Genehmigungsverfahrensstelle, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift einzulegen.

Im Auftrag

Dieses Dokument wurde am 19. Juni 2013 durch Rainer Simon schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage: 1 Übersichtskarte